



# Protokollauszug

aus der  
36. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-  
lung der Landeshauptstadt Potsdam  
vom 02.05.2007

---

öffentlich

**Top 4.15 Benachteiligung von Hartz IV Kindern  
07/SVV/0171  
zurückgezogen**

Der **Ausschuss für Gesundheit und Soziales** hat die Vorlage **abgelehnt**.

Namens der Antragstellerin bringt die Stadtverordnete Schulze, Fraktion DIE LINKE. PDS, das Bedauern zum Ausdruck, dass die Durchführung einer Bundesratsinitiative durch den Landtag Brandenburg keine Mehrheit gefunden habe.

Mit der Aufnahme des folgenden Satzes (aus der Stellungnahme der Potsdamer Arbeitsgemein-  
schaft für Grundsicherung) in die Niederschrift:

**„Zur Erhöhung der Rechtsklarheit und besseren verwaltungsinternen Umsetzung des  
SGB II ist eine Änderung der Rechtslage zu empfehlen.“**

wird die **DS 07/SVV/0171** von der Fraktion DIE LINKE. PDS **zurückgezogen**.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, eine Bundesratsinitiative des Landes Brandenburg zu un-  
terstützen.

Ziel dieser Bundesratsinitiative ist eine Korrektur des SGB II. Geldgeschenke zum Weihnachts-  
fest, zur Jugendweihe, Konfirmation und Erstkommunion sind als zweckbestimmte Einnahmen  
anzusehen und müssen anrechnungsfrei bleiben.

Bis zu einer gesetzlichen Neuregelung fordert die Stadtverordnetenversammlung den Bundes-  
arbeitsminister Müntefering und die Bundesagentur für Arbeit auf, die interne Dienstanweisung  
zum SGB II unverzüglich zu ändern. Es ist eine Übergangsregelung im Sinne der Betroffenen zu  
schaffen, damit Geldgeschenke zu o. g. Anlässen anrechnungsfrei bleiben.

Der Oberbürgermeister übermittelt dem Bundesarbeitsminister und der Bundesagentur die Posi-  
tion der Stadtverordnetenversammlung Potsdam in einem entsprechenden Schreiben.